

»KEINE ENTSCHEIDUNG OHNE UNS AM TISCH«

TEXT: AURELIA SCHÜRMANN

DER LANDESFRAUENRAT
HAMBURG E.V. IM PORTRÄT

134 JAHRE.

So lange wird es dauern, bis Männer und Frauen weltweit gleichberechtigt sein werden, wenn der Fortschritt bei der Gleichberechtigung mit derselben Geschwindigkeit wie bisher weitergeht. Ein düsteres Bild, das der Global Gender Gap Report zeichnet. Dieser betrachtet den aktuellen Stand der Gleichberechtigung weltweit innerhalb von vier Dimensionen: ökonomische Beteiligung und Möglichkeiten, Bildungsstand, Gesundheit und Überleben sowie politische Ermächtigung. Dadurch ermöglicht der Bericht einen ganzheitlichen Blick auf Gleichberechtigung. Außerdem leistet er einen wichtigen Beitrag, um herauszufinden, welche Reformen und Maßnahmen diese begünstigen oder verhindern.

Und wie sieht es mit Gleichberechtigung in Hamburg aus? Es gibt gefühlt unzählige Initiativen und Vereine, die sich in allen möglichen Dimensionen mit diesem Thema auseinandersetzen. Der Landesfrauenrat Hamburg e.V. ist jedoch besonders, denn er ist Hamburgs größte Frauen*lobby. Der Rat vertritt über 65 Hamburger Frauen*verbände und setzt sich für die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein. Dabei arbeitet er aktiv gegen Sexismus, Diskriminierung und Unterdrückung. „Gleichstellung ist ein sehr weites Feld. Deshalb haben

wir Kernforderungen [...] und versuchen [in unserer Arbeit] auch im Bereich der Kernforderungen zu bleiben“, erklärt Jarla, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und regionale Gleichstellungspolitik im Interview. Diese seien: „Keine Gewalt gegen Frauen, paritätische Besetzung der Parlamente, Gender-Mainstreaming konsequent umsetzen, Frauenarmut abbauen, das Rollenverständnis von Frauen verbessern, faire Verteilung von Care-Arbeit und die Förderung weiblicher Gesundheit.“

Der Landesfrauenrat hat verschiedene Aufgaben und existiert schon seit 1916. Durch die Struktur des Vereins als Dachverband hat der Rat politischen Einfluss und kann deshalb Lobbyarbeit betreiben. Außerdem ist er im regen Austausch mit den Landesfrauenräten anderer Bundesländer. Vor allem betreibt der Landesfrauenrat Hamburg Pressearbeit, berichtet also über aktuelle Entwicklungen von Gleichberechtigungsthemen. Darüber hinaus ist der Rat in verschiedenen Bündnissen aktiv und organisiert Kampagnen. Zusätzlich gibt es einen direkten Draht zum ersten Bürgermeister Hamburgs. Dort platzieren Vertreter*innen des Rats Themen zu einem bestimmten Termin. So nimmt er aktiv Einfluss auf Hamburgs Gleichstellungspolitik.

Mit diesem direkten Draht zur Hamburger Politik konnte der Rat schon einige Erfolge verzeichnen: Seit Februar 2025 herrscht Parität in den Hamburger Aufsichtsgremien der öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen. Dies war vor allem durch Druck aus den vielen Bündnissen möglich, die unter dem Landesfrauenrat vereint sind. Außerdem gibt der Landesfrauenrat zusammen mit dem Thinktank urban.policy Empfehlungen für eine feministische Stadtplanung. Im Abschnitt zu den aktuellen Projekten gibt es mehr Informationen dazu. In Veranstaltungen wie „Hammonias Töchter fragen nach“ können sich Hamburger*innen beispielsweise über die feministische Haltung der Hamburger Parteien informieren. Damit sorgt der Rat dafür, dass feministische Perspektiven hervorgehoben werden und in der breiten Bevölkerung Gehör finden.

Die Kernforderungen sind „Dauerbrenner“ für den Landesfrauenrat. Aber gibt es auch äußere Faktoren, wie die Bundestagswahl 2025, die beeinflussen, welche Prioritäten der Verein in Zukunft setzt? „Die Wahlergebnisse sind für uns auf jeden Fall nicht ideal. Eine erste Konsequenz sind weniger Frauen im Bundestag. Vor dem Hintergrund bleibt Parität ein wichtiges Kernthema“, sagt Jarla. Parität bedeutet die Stimmengleichheit innerhalb eines Gremiums.

Aber kann der Landesfrauenrat auch auf bundespolitische Gleichstellungsthemen reagieren? Aus Kapazitätsgründen ist das laut Jarla oft nicht möglich. Es gibt aber Ausnahmen. Manche Themen sind auf Bundesebene geregelt, aber landespolitisch auch wichtig. Deshalb lenkt der Landesfrauenrat trotzdem Aufmerksamkeit auf sie. Zum Beispiel die Regelung der Schwangerschaftsabbrüche durch den § 218 Strafgesetzbuch. Hier spielt ein wichtiges Prinzip eine Schlüsselrolle: „Keine Entscheidung ohne uns am Tisch.“ Jarla sagt, dass dieses Prinzip vor allem beim Schwangerschaftsabbruch deutlich wird: „Mehrheitlich entscheiden hier Menschen, die nicht schwanger werden können, über den Körper von Schwangeren.“ Der Rat fordert, dass Schwangerschaftsabbrüche straffrei möglich sind und Frauen aktiv in die Gesetzgebung mit einbezogen werden.

Auch der Rechtsruck bereitet dem Landesfrauenrat viel Sorge, denn: „Der Rechtsruck geht Hand in Hand mit Antifeminismus.“ Deshalb ist es wichtig, „unsere Kämpfe zu vereinen“ und sich mit anderen Gruppen und Bewegungen zusammenzuschließen. Das geht auch einher mit Austausch und dem Lernen voneinander. Laut Jarla ist es nämlich meistens so, dass viele Initiativen unter-

schiedliche Herangehensweisen an ein Thema haben oder es verschiedene Sichtweisen zu einem Thema gibt. Im Kern vereinen sich aber alle Initiativen in ihrem Bestreben um Gleichberechtigung.

Und wie sieht's mit aktuellen Projekten aus? Jarla hebt zwei Themen besonders heraus, die im kommenden Jahr eine größere Rolle spielen sollen: feministische Stadtplanung und einen größeren Fokus auf Femizide. Ein Femizid ist „die Tötung einer oder mehrerer Frauen durch einen oder mehrere Männer, weil sie Frauen sind.“ Da es allein im letzten Jahr über 300 Femizide in Deutschland gab und laut Jarla auch im Wahlkampf wenig über die Sicherheitsbedürfnisse von Frauen diskutiert wurde, lenkt der Verein seine Aufmerksamkeit darauf.

Jarla erklärt, dass die meisten Städte an die Wege von Männern angepasst sind, also von zu Hause zur Arbeit und zurück. Frauen und andere Geschlechter haben aufgrund veralteter Rollenbilder aber oft andere Wege. Das Projekt „Gleichberechtigt mobil in Hamburg“, das vom Landesfrauenrat und urban.policy, einem Thinktank, gegründet wurde, beschäftigt sich damit, dass Stadtentwicklung die Bedürfnisse aller Geschlechter mit einbezieht. Dafür wurde das Mobilitätsverhalten von FLINTA* (Abk.: Frauen, Lesben, Interpersonen, nicht-binäre Personen, Transpersonen und agender Personen) in Hamburg untersucht und auf dieser Grundlage Vorschläge für genderechte Stadtentwicklung für die Hamburger Verkehrsbehörde gemacht. Manche Vorschläge sind sehr niedrigschwellig, berichtet Jarla: „Manchmal geht es nur darum zu sagen: Putzt doch mal die Lampen auf der Straße und schon wird's besser.“

Das sind viele positive Perspektiven auf das Thema Gleichberechtigung. Aber mit Blick auf die 134 Jahre, die es noch dauern wird, bis Männer und Frauen gleichberechtigt sind, bleiben die Aussichten doch ernüchternd. Was könnte helfen? Weiter zu kämpfen und sich Tag für Tag für eine gleichberechtigte Gesellschaft einzusetzen. Denn wie die bekannte Frauenrechtlerin und Verfassungsrichterin Ruth Bader Ginsburg schon sagte: „Women belong in all places where decisions are being made.“ (zu Deutsch: Frauen gehören in alle Bereiche, in denen Entscheidungen getroffen werden.)

